**Titel:**

**Before Night Falls.**

**Alltag, Strukturen und Bruchlinien im Arbeiter:innenmilieu bis 1933**

**Ankündigungstext:**

Mit der Machtübernahme der NSDAP verändert sich ab 1933 die Lebensrealität insbesondere jener Menschen dramatisch, die im Sinne der NS-Ideologie als abweichend und anormal angesehen werden. Sie werden nun von den Nazis mithilfe der Staatsgewalt systematisch verfolgt, verschleppt und mitunter umgebracht. Dennoch stellt 1933 keinen kompletten Bruch zur Welt dar, wie sie vorher war.

Arbeiter:innen gelten schon vorher als potentielle Unruhestifter. Auch in der Zeit der Weimarer Republik betrachten Bürgertum und staatliche Behörden Menschen aus unteren sozialen Schichten misstrauisch, und versuchen sie mithilfe der Polizei zu disziplinieren und zu kontrollieren.

Die Nazis beginnen bereits vor 1933 Arbeiter:innen gezielt in den Blick zu nehmen: Einerseits sind Arbeiter:innen als Mitglieder der NSDAP und Wähler:innen interessant, andererseits fürchten die Nazis die selbstorganisierten Strukturen der Arbeiter:innenbewegung. Arbeiter:innen werden daher von ihnen sowohl umgarnt, als auch mit Gewalt terrorisiert. Trotz vielfältigem Widerstand gelingt es den Nazis nach 1933 die Arbeiter:innenmilieus, ihre Akteure, Strukturen, Kultur und Orte gewaltsam zu zerschlagen.

Die Wechselausstellung “Before Night Falls. Alltag, Strukturen und Bruchlinien im Arbeiter:innenmilieu bis 1933” beschäftigt sich mit Lebenswelten und Alltag von Arbeiter:innen im Berlin der Weimarer Zeit. Sie wirft einen Blick auf lebenspraktische, kulturelle und politische Zusammenhänge in den Arbeiter:innenmilieus in Friedrichshain und Kreuzberg am Vorabend von Hitlers Ernennung zum Reichskanzler.

Die Ausstellungsthemen zeigen anhand von Beispielen, wie der Alltag von Arbeiter:innen aussah und welche Rolle die Arbeiter:innenbewegung darin spielte. Sie werfen auch ein Schlaglicht darauf, wie die Nazis versuchten, an den Lebenswelten von Arbeiter:innen anzuknüpfen und sie für ihre Politik zu gewinnen.

Gefördert durch Mittel des Bezirkskulturfonds Friedrichshain-Kreuzberg mit Unterstützung des Vereins zur Erforschung und Darstellung der Geschichte Kreuzbergs e.V.

**Ausstellungstexte:**

**0 - Einleitung**

In Kreuzberg und Friedrichshain besteht die Hälfte der Bevölkerung in den 1920er Jahren aus Arbeiter:innen. Ihr Alltag wird bestimmt von Armut, schlechten Wohnverhältnissen und mangelnder Gesundheits- und Sozialversorgung. Mit dem Aufstieg der Arbeiter:innenbewegung entstehen selbstorganisierte Strukturen und gemeinsame soziale und kulturelle Aktivitäten. Sie sollen die Lebenssituation von Arbeiter:innen verbessern und dabei helfen, die eigene soziale Lage zu erfassen, um sie gemeinsam zu verändern.

Die *eine* Arbeiter:innenbewegung gibt es nicht. Verschiedene Parteien und Gruppierungen geben konkurrierende Antworten auf die Frage, wie die eigenen Lebensbedingungen verbessert werden können. Sie üben einen großen Einfluss auf das Umfeld und den Alltag von Arbeiter:innen aus. Außerdem gibt es nicht das *eine* Arbeiter:innenmilieu. Vielmehr gruppieren Arbeiter:innen sich in Nachbarschaften mit sozialen Verhaltensweisen und eigenen lokalen Treffpunkten, in denen oft eine Partei oder Organisation dominiert. Die Milieus überschneiden sich aber auch. Arbeiter:innen unterschiedlicher politischer Ausrichtung begegnen sich im Alltag, am Arbeitsplatz, im Wohnblock, im Verein und teilweise in der Familie. Unterschiede zeigen sich nicht zuletzt im Umgang mit den Nazis, die spätestens ab Ende der 1920er Jahre in Berlin sichtbar auftreten.

Trotz bestehender Differenzen sehen sich die Arbeiter:innen als eine gemeinsame ‚Klasse‘ in Abgrenzung zum Bürgertum. Daraus erwachsen ein gewisses proletarisches Selbstbewusstsein und Stolz. Genau das ist den Nazis ein Dorn im Auge. Sie sehen in den organisierten Arbeiter:innen eine Gefahr für die vermeintliche Volksgemeinschaft und zielen darauf proletarische Strukturen zu zerstören. Gleichzeitig sind die Arbeiter:innen aufgrund ihrer großen Zahl und der Stärke ihrer Organisationen als Wähler:innen und Mitglieder der Partei interessant. Sie sollen für die NS-Bewegung begeistert werden. Aus beiden Gründen stehen die Berliner Arbeiter:innen im Fokus früher Strategien der Nazis.

**A-1 Strukturen**

Eine Vielzahl unterschiedlicher Orte, Organisationen und Aktivitäten, die sich teilweise ergänzen und teilweise in Konkurrenz zueinander stehen, zeichnen die Arbeiter:innenmilieus in Berlin aus. In dieser Form sozialer Gruppen spielt sich das Leben vieler Arbeiter:innen in und um Milieus ab – zur gemeinsamen Freizeitgestaltung und Bewältigung von Alltagsproblemen. Eine große Rolle spielt die Bildung. Sie soll die Benachteiligung von Arbeiter:innen überwinden und dem:der Arbeiter:in helfen, die eigene Lage besser zu begreifen, um davon ausgehend eine solidarische Zukunft ohne Ausbeutung zu verwirklichen.

In Arbeitersportvereinen finden Arbeiter:innen körperlichen Ausgleich zur monotonen Erwerbsarbeit. Um den beengten und krank machenden Wohnverhältnissen für eine Weile zu entfliehen, gewinnen auch Kleingärten in und um Berlin an Bedeutung. Wesentliche Orte, an denen viele (meist männliche) Arbeiter ihre freie Zeit verbringen, sind darüber hinaus Parteilokale, insbesondere der KPD und der SPD.

In diesem Umfeld bilden Arbeiter:innen ein eigenes Selbstbewusstsein in Abgrenzung zur bürgerlichen Kultur der Zeit. Wichtig ist dabei auch die Erfahrung der Revolution 1918/19, als vor allem Arbeiter:innen die Monarchie in Deutschland stürzen. Nicht jede:r teilt dieses Selbstbewusstsein. Es gibt auch Arbeiter:innen mit anderen Haltungen und Positionen, dennoch ist das proletarische Selbstbewusstsein für einen Großteil der Arbeiter:innen dieser Zeit in Friedrichshain und Kreuzberg prägend.

**B1- Der Arbeitersportverein Fichte Berlin**

Arbeiter:innen gründen eigene Sportvereine, da sie in bürgerlichen Vereinen oft unerwünscht sind.

Der ASV Fichte Berlin ist in den 1920er Jahren einer der bedeutendsten und mitgliederstärksten Arbeitersportvereine der Hauptstadt mit rund 10.000 Mitgliedern. Er entsteht 1890 im Friedrichshain aus den Reihen der proletarischen Turn- und Sportbewegung heraus.

Von Anbeginn an wird der Verein von misstrauischen Bürger:innen verleumdet und verunglimpft. Dennoch kann er sich demgegenüber aber behaupten. Eine Stärke des ASV Fichte besteht in seiner breiten Basis: In ihm sind Arbeiter:innen jeden Alters aus Berlin und dem Umland aktiv.

Der Verein ist in Bezirksgruppen und nach Sportsparten organisiert. In Friedrichshain und in Kreuzberg nutzt er jeweils mehrere Sporthallen und Sportheime. Diese befinden sich unter anderem am Schlesischen Bahnhof (heute Ostbahnhof), in der Großen Frankfurter Straße (heute Karl-Marx-Allee) sowie in der Manteuffelstraße und in der Urbanstraße. Neben der sportlichen Tätigkeit organisieren die Mitglieder des ASV Fichte ein breites Angebot an kulturellen Aktivitäten und politischer Bildung, das sich großer Beliebtheit erfreut.

Als Teil des Arbeitersportverbands “Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit” steht der ASV Fichte der KPD nahe. 1933 wird er mit der Reichstagsbrandverordnung als kommunistische Organisation verboten und am 2. Mai 1933 zwangsweise geschlossen.

**B-2 Parteilokale**

Als Treffpunkte und Gemeinschaftsräume spielen Eckkneipen und Parteilokale – oft auch kombiniert – in den Arbeiter:innenbezirken Berlins eine bedeutende Rolle. Hier diskutieren die Mitglieder über politische Verhältnisse, planen und analysieren politische Aktionen, halten Parteitreffen und -veranstaltungen ab und betreiben politische Bildungsarbeit. Parteilokale stellen über ihre politische Funktion hinaus einen wichtigen Sozialraum dar, an dem Arbeiter:innen aus einer Umgebung zusammenkommen. Ende der 1920er Jahre stehen sie immer häufiger im Zentrum von Straßenschlachten zwischen lokal ansässigen SA-Stürmen und linken Arbeiter:innen. In Kreuzberg und Friedrichshain gibt es viele Straßenzüge mit einer hohen Dichte an Parteilokalen. In der Görlitzer Straße in SO 36 findet sich etwa das KPD-Lokal “Hellmuth”. Im heutigen Bergmannkiez wird von der SPD das Lokal “Hamburger Krug” betrieben, nebenan das “Tante Emma” von der KPD sowie das “Lorenz” in der Nostizstraße. In der Tilsiter Straße befindet sich das Lokal des SPD-nahen Wehrverbandes „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, “Busch”, am Küstriner Platz das “König” der KPD.

**B-3 Kleingärten**

Aufgrund der beengten Wohnverhältnisse legen viele Arbeiter:innenfamilien kleine Gärten auf ungenutzten Grünflächen an, um sich einerseits selbst zu versorgen und andererseits der dicht bebauten Großstadt für eine Weile zu entkommen. Das ist eine Tradition, die bis in das 19. Jahrhundert zurückreicht. Daraus entstehen die Berliner Kleingartenkolonien, auch Lauben genannt. Viele Kleingärten werden von den Nutzer:innen selbst verwaltet, einige vom Roten Kreuz betreut. 1921 schließen sich die verschiedenen Gruppierungen zum “Zentralverband Deutscher Arbeiter und Schrebergärtner” zusammen. Die Berliner Kleingartenorganisation, der sogenannte “Provinzialverband”, hat 1929 über 60.000 Mitglieder. Er setzt sich für moderne Kleingärten für Arbeiter:innen und Erwerbslose ein. Nach 1933 waren Kleingärten häufig beliebte Verstecke für Jüd:innen.

**A-2 Wohnen**

In den proletarisch geprägten Bezirken Berlins leben nicht nur Arbeiter:innen. Allerdings ist ihr Anteil an der Bevölkerung in Friedrichshain und in Kreuzberg seit Ende des 19. Jahrhunderts sehr hoch und liegt bei knapp über 50 %.

Der Friedrichshain kann in den 1920er Jahren als ein Bezirk der „kleinen Leute“ beschrieben werden. Neben Arbeiter:innen wohnen hier schlecht bezahlte Beamte und Angestellte sowie Händler:innen des Kleingewerbes. Er ist der am dichtesten besiedelte Bezirk Berlins, die meisten Häuser besitzen mindestens zwei Hinterhöfe. Aufgrund der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre haben die meisten Friedrichshainer:innen keine Festanstellung, sondern schlagen sich mit Gelegenheitsarbeiten durch oder sind erwerbslos.

Kreuzberg besteht hingegen aus einem bürgerlichen, reicheren Westteil und einem stark proletarisch geprägten Ostteil. Die klar erkennbare soziale Grenze innerhalb des Bezirks verläuft zwischen dem Moritzplatz und dem heutigen Südstern.

Sowohl in Kreuzberg als auch in Friedrichshain leben Arbeiter:innen auf sehr engem Raum miteinander. Wohnungen werden von Arbeiter:innen hauptsächlich als Schlafplatz genutzt und haben mehrheitlich bis in die 1930er Jahre noch keinen elektrischen Strom. Ein großer Teil des gesellschaftlichen Lebens spielt sich außerhalb der eigenen vier Wände ab.

**B-4 Nostitzstraße**

*„Besonders kommunistisch würde ich nicht sagen, besonders proletarisch ja, aber einschließlich der SPD und der ganzen Splittergruppen.“*

-- Alwin Jabs, Bewohner der Nostitzstraße

Die Nostitzstraße ist in den 1920er Jahren eine jener Straßen in Kreuzberg, die als besonders verarmt und heruntergekommen gilt. Hier leben viele Arbeiter:innenfamilien zu viert oder zu mehreren in 1-Zimmer-Wohnungen. Stadtbekannt ist sie als die „rote Straße“, weil hier besonders viele KPD-Anhänger:innen wohnen. Die Nostitzstraße ist Ende der 1920er Jahre häufig Schauplatz von lokalen SA-Übergriffen.

**A-3 Heim- und Care Arbeit**

In der Textil- und Bekleidungsindustrie, die im Friedrichshain stark vertreten ist, arbeitet etwa ein Drittel der Beschäftigten in Heimarbeit. Großteils handelt es sich dabei um verheiratete Frauen. Die Löhne von Heimarbeiter:innen sind niedriger als jene von regulären Beschäftigten und reichen lediglich als eine Art Zuverdienst zum Haupteinkommen des Ehemanns. Viele Arbeiter:innenfamilien sind auf das Einkommen mehrerer Personen angewiesen, da der Lohn nur eines Familienmitglieds, meist des “männlichen Ernährers”, nicht ausreicht, um alle zu versorgen. Auch Jugendliche und Frauen gehen daher einer Erwerbsarbeit nach, wenn sie eine Arbeitsstelle finden können.

Frauen übernehmen zusätzlich die Arbeit im Haushalt und die Betreuung von Kindern sowie von alten Menschen. Sie sind daher einer Mehrfachbelastung ausgesetzt, mit der sie oft auf bis zu 16 bis 18 Stunden Arbeit am Tag kommen.

Auf das 1927 eingeführte Arbeitslosengeld haben Frauen nur einen Anspruch, wenn sie keinen Ehemann haben, der sie versorgt. Verheiratete Frauen werden dadurch fast gänzlich vom Arbeitsmarkt in die private Hausarbeit zurückgedrängt. Zugleich verstärkt das fehlende Zusatzeinkommen die existenzielle Notlage, in denen sich viele Arbeiter:innenfamilien befinden.

**A-4 Gesundheit und Sozialhygiene**

Die staatliche Gesundheitsversorgung hat sich unter dem Druck der Arbeiter:innenbewegung stark verbessert. In der Weimarer Republik entstehen in den Kommunen neue Verwaltungseinheiten, die darum bemüht sind, eine einheitliche Gestaltung der Gesundheitsversorgung zu erreichen. In den Arbeiter:innenbezirken Berlins gibt es jedoch weiterhin viele Krankheiten, die durch die miserablen Wohnverhältnisse, die schlechte Ernährung und Hygiene entstehen. Dazu zählen insbesondere Tuberkulose, verschiedene Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus und eine hohe Säuglingssterblichkeit.

Die Sozialhygiene erhält in dieser Zeit größer werdende Beachtung von Mediziner:innen. Sie gehen davon aus, dass die soziale Umwelt des Menschen auch die individuelle Gesundheit beeinflusst. Der Verein sozialistischer Ärzte ist ein Zusammenschluss politisch links orientierter Ärzt:innen und einer der wenigen Berufsorganisationen in Berlin, in der bis Ende der 1920er Jahre sowohl kommunistische als auch sozialdemokratische Mitglieder gemeinsam aktiv sind. Zentrales Anliegen des Vereins sozialistischer Ärzte ist es, die Sozialhygiene als eigenständige Disziplin innerhalb der Medizin voranzutreiben und die Gesundheitsversorgung nach ihren Prinzipien umzustrukturieren. Sozialdemokratische und sozialistische Ärzt:innen sind in einigen Berliner Arbeiter:innenbezirken auch Stadträte und versuchen in dieser Funktion, Einfluss auf die öffentliche Gesundheitsversorgung zu nehmen.

**B-5 Schwangerschaftsabbruch**

*"Wenn das zweite und dritte Kind kommt, beginnt das Elend. Der Lohn reicht nicht mehr [...] Bereits im Mutterleib hungert der kleine Proletarier."*

-- Die Kämpferin-Zeitschrift für die werktätige Frau, Jahr?

Seit Gründung des Deutschen Reiches 1871 verbietet der §218 im Strafgesetzbuch (StGB) den Abbruch von Schwangerschaften. Er ist seitdem Gegenstand hitziger politischer Auseinandersetzungen. Besonders Arbeiterinnen verbinden mit dem Kampf um Selbstbestimmung über Mutterschaft oder Abbruch auch den Kampf gegen die existentielle Notlage, die für sie mit ungewollten Schwangerschaften verbunden ist. Arbeiterinnen haben weder Zeit noch Geld, für mehrere Kinder zu sorgen. Zugleich haben sie anders als Frauen aus bürgerlichen Familien kaum Zugang zu Verhütungsmitteln und vertrauensvollen Ärzt:innen. Es sterben daher vor allem Frauen aus Arbeiter:innenfamilien bei illegalen Schwangerschaftsabbrüchen, da sie dafür auf unprofessionelle Hilfe an unhygienischen Orten angewiesen sind.

**B-6 Desinfektionsanstalt Reichenberger Straße**

Um der rasanten Ausbreitung von tödlichen Infektionskrankheiten insbesondere in den Arbeiter:innenbezirken Einhalt zu gebieten, eröffnet 1887 in der Reichenberger Str. 66 die erste Berliner Desinfektionsanstalt. Wenige Jahre später wird sie bis in die heutige Ohlauer Str. 39-41 erweitert. In den 1920ern Jahren steigt der Bedarf noch einmal enorm an, weil sich die Lebensverhältnisse vieler Menschen verschlechtern.

Im Zuge einer Desinfektion wird die gesamte Kleidung, Bettwäsche und Matratzen infizierter Haushalte mit dem Pferdewagen abgeholt, in die Anstalt gebracht und dort durchdesinfiziert. Später wird auch die Wohnung desinfiziert. “Die Desinfektion” wird zu einem Sinnbild für Armut und Elend, daher schämen sich Betroffene häufig dafür.

Die Anstalt ist durch eine hohe Mauer von außen abgeriegelt und im Inneren trennt eine Mauer den infizierten vom desinfizierten Bereich. Die giftigen Dämpfe, die bei der Desinfektion entstehen, führen häufig zu gesundheitlichen Schäden beim Personal vor Ort.

**B-6.2 Volkspark Friedrichshain**

Der Volkspark Friedrichshain ist die erste kommunale Parkanlage Berlins. Er ist die erste Grünfläche, die explizit für die “einfache Bevölkerung” und nicht vom Adel für den Adel entsteht. Angelegt wird der Park Mitte des 19. Jahrhunderts als Erholungsort für die Menschen im dicht besiedelten Berliner Osten, unter ihnen vorwiegend Arbeiter:innen. Ziel der Kommunalpolitik ist es, die Folgen der schlechten Wohnverhältnisse abzufedern. Mit dem Friedhof der Märzgefallenen entsteht bereits kurz nach Eröffnung an der Südseite des Parks 1848 ein Erinnerungsort an die Gefallenen der Märzrevolution. 1874 eröffnet daneben ein städtisches Krankenhaus. Mit der Zeit verändert sich die Nutzung der Parkanlage. Anfangs entspricht sie einem Landschaftsgarten nach englischem Vorbild mit schmalen gewundenen Wegen zum Flanieren, ähnlich wie im Tiergarten. Ab Ende des 19. Jahrhunderts dient der Park stärker für verschiedene Freizeitaktivitäten und körperliche Ertüchtigung. Neben großen Wiesenflächen entsteht auch eine kommunale Sportstätte mitsamt einer 400-Meter-Laufbahn, die im Winter als Eisbahn dient und auch “Verlobungsring” genannt wird.

**A-5 Disziplinierung und Kriminalisierung**

Bereits Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zeigt sich, dass die miserable Lage der Arbeiter:innen auch ihre Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt. Zudem macht die Arbeiter:innenbewegung Druck, die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Um gesellschaftliche Konflikte zu entschärfen und die Arbeitskraft der Arbeiter:innen zu erhalten, beginnen auch Arbeitgeber:innen und der Staat ihr Augenmerk auf die Lebensführung und -bedingungen von Arbeiter:innen zu richten. Sie versuchen, durch unterstützende aber auch disziplinierende Maßnahmen auf diese einzuwirken.

So übernimmt der Staat in der Weimarer Republik immer mehr soziale und fürsorgliche Aufgaben. Es werden etwa öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen und Altenheime errichtet. Zugleich werden insbesondere im Zuge der Weltwirtschaftskrise und steigender Arbeitslosigkeit ab 1929 auch disziplinierende Maßnahmen ausgeweitet. Bereits bei kleineren Vergehen werden etwa Sozialleistungen gestrichen und teilweise auch Haftstrafen verhängt. Diese neue bevölkerungspolitische Herangehensweise zielt explizit auf Arbeiter:innenmilieus, die als potentielle soziale und politische Brandherde gelten. Der staatliche Zugriff erfolgt hier auf unterschiedlichen Ebenen durch Polizei, Justizapparat und Fürsorgeeinrichtungen.

**B-7 “Freiwilliger” Arbeitsdienst**

*„Natürlich war das Zwang – mir blieb ja gar nichts anderes übrig! Ich brauchte ja das Geld.“*

-- Heinz T.

Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit 1931 führt die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung per Verordnung den „Freiwilligen Arbeitsdienst“ ein. Jugendliche aus den Arbeiter:innenmilieus in Berlin werden daraufhin für verschiedene Aufgaben wie etwa Bodenverbesserungsarbeiten oder Herrichtung von Siedlungs- und Kleingartenland in Lagern zusammengefasst. Es handelt sich dabei nicht um ein Arbeitsverhältnis im eigentlichen Sinn. Die geltenden Vorschriften des Arbeitsschutzes und der Sozialversicherung greifen daher nicht. Obwohl eine Verordnung schriftlich garantiert, dass der Freiwillige Arbeitsdienst nicht für politische Einflussnahme genutzt werden darf, werden rechtsradikale Organisationen wie der Stahlhelm in diesen Lagern in die Arbeitsorganisation eingebunden.

Der Freiwillige Arbeitsdienst kann an verschiedenen Orten abgeleistet werden. Viele Jugendliche wählen die Mithilfe auf Bauernhöfen im Berliner Umland, die sogenannte „Landhilfe“, da sie diese als liberaler wahrnehmen.

Die Nazis übernehmen nach 1933 den Arbeitsdienst und die dazugehörige Verordnung. Die Arbeit in den Lagern wird allerdings noch strenger und zentralisierter organisiert.

**B-8 „Sozialbetrug“**

Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 verschlechtern sich die Lebensbedingungen von Arbeiter:innen. Viele sind nun umso mehr von Arbeitslosigkeit, Armut und Wohnungsnot betroffen. Das Leben spielt sich meist schon am Existenzminimum ab. Um in dieser Situation das eigene Überleben zu sichern, entwickeln viele eigensinnige Praktiken und Strategien, die sich teilweise am Rande der geltenden Gesetze bewegen.

1931 wird etwa das Arbeitslosengeld für Jugendliche gestrichen, die mit ihren Eltern in einem Haushalt leben. Arbeiter:innenfamilien, die darauf angewiesen waren, geraten in eine existentielle Notlage. Viele Jugendliche melden sich daher in anderen Wohnungen an, um die Unterstützung weiter beziehen zu können. Rigorose Kontrollen erschweren den “Sozialbetrug” allerdings. Bei Aufdeckung wird das Geld wieder gestrichen.

**B-9 Frauengefängnis Barnimstraße**

1863/64 wird in der Barnimstraße 10 ein Gefängnis für Menschen errichtet, die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. 1913 wird es zu einem reinen Frauengefängnis umfunktioniert. Die große Mehrheit der Insassinnen sind Prostituierte, aber auch Kleinkriminelle und Frauen, die abgetrieben haben. Dazu kommen politische Gefangene. Auch etwa Rosa Luxemburg verbüßt hier zwei Haftstrafen.

Das Gefängnisgebäude zeichnet sich durch eine moderne bauliche Struktur zur vereinfachten Überwachung aus. Das Gefängnispersonal kann durch die galerienähnliche Einteilung leicht die einzelnen Stockwerke und Zellen im Blick behalten.

Ab 1933 dient den Nazis das Gefängnis als Zwischenstation für die Hinrichtungsstätte Plötzensee und als Untersuchungshaftanstalt der Gestapo. Vor allem Oppositionelle und Widerstandskämpferinnen füllen nun die Zellen. Schwangere Frauen gebären hier vor der Hinrichtung ihre Kinder.

**B-10 Wilde Cliquen**

In den 1920er Jahren gibt es in den Berliner Arbeiter:innenbezirken viele selbstorganisierte Gruppen proletarischer Jugendlicher: die “Wilden Cliquen”. Ihre Mitglieder unterstützen sich gegenseitig, um unter den schwierigen Bedingungen der Zeit überleben zu können. Sie betreiben gemeinsam Sport, gehen wandern und tauschen sich über Politik aus. Die Wilden Cliquen sind überwiegend politisch links orientiert und stehen der Arbeiter:innenjugendbewegung nahe. Häufig finden sich in den Wilden Cliquen Jugendliche zusammen, die aus verschiedenen Gründen aus den organisierten Jugendgruppen der Sportvereine und anderer Zusammenschlüsse ausgeschlossen wurden oder denen die Strukturen dieser Vereine zu wenig selbstbestimmt erscheinen.

Eine dieser Wilden Cliquen sind die “Edelhirsche”, die sich regelmäßig in der Kreuzberger Lobeckstraße treffen. Obwohl sie keine politische Organisation sind und sich auch nicht als politische Gruppe verstehen, liefern sie sich aufgrund ihrer antifaschistischen Grundhaltung bereits vor 1933 Straßenschlachten mit lokalen SA Trupps.

**A-6 Blutmai 1929**

Der 1. Mai, “Tag der Arbeit”, ist für die Arbeiter:innenbewegung in der Weimarer Republik kein gesetzlicher Feiertag. Nach gewaltsamen Straßenkämpfen mit Nazis verhängt der sozialdemokratische Polizeipräsident Karl Zörgiebel Ende 1928 ein Versammlungsverbot, das auch für den 1. Mai 1929 Geltung hat. DieKPD ruft an diesem Tag dennoch zu einer friedlichen Massendemonstration auf. Dem Aufruf kommen tausende Menschen nach. 13.000 Polizisten gehen in Folge zunehmend gewaltsam gegen die Demonstrant:innen vor. Die Unruhen dauern drei Tage an. 30 Menschen sterben durch Polizeischüsse, darunter viele unbeteiligte Zivilist:innen. Es gibt zahlreiche Verletzte. Mehr als 1000 Personen werden verhaftet.

Im Anschluss an die Geschehnisse verbietet die preußische Regierung unter der SPD denKPD-nahen Roten Frontkämpferbund (RFB). Die Regierung wirft dem RFB vor, einen Putschversuch unternommen zu haben, wofür es jedoch keine Beweise gibt. Die KPD sieht sich in ihrer „Sozialfschismus“-These bestärkt. Die KPD-Führung bezeichnet die SPD als linken Flügel des Faschismus und soziale Hauptstütze des Kapitalismus. Sie erklärt den Kampf gegen die SPD zu einem Hauptziel der KPD-Politik. Auch die SPD-Spitze sieht in den Kommunist:innen, die sie als „Kozis“ bezeichnet, einen mindestens genauso gefährlichen Gegner wie in den Nazis.

Kleinere linke Gruppen, wie etwa die Kommunistische Partei-Opposition (KPO), der Leninbund und die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), analysieren den Faschismus differenzierter. Sie sehen in den Nazis eine unmittelbare Gefahr und gewichten diese stärker. Wenngleich diesen Gruppen die Massenbasis fehlt, entwickeln sich aus ihnen später einige der bedeutendsten Widerstandsgruppierungen auf Berliner Boden.

**B11 – Der Preußenschlag**

In Preußen regiert seit 1920 eine von der SPD geführte Koalition zusammen mit den Parteien Zentrum und DDP. Nach den Landtagswahlen 1932 hat diese keine Mehrheit mehr, da NSDAP und KPD an Stimmen dazugewinnen. Die SPD bleibt aber geschäftsführend im Amt. Daraufhin setzt Reichspräsident Paul von Hindenburg auf Betreiben des konservativen Reichskanzlers Franz von Papen die preußische Regierung per Notverordnung ab. Beide sehen in ihr ein Hindernis für einen konservativ-autoritären Staatsumbau. Papen übernimmt als Reichskommissar auch die Regierungsgeschäfte in Preußen. Mit dem „Preußenschlag“ wird die Demokratie weiter abgebaut, noch bevor die Nazis 1933 an die Macht kommen. Die Arbeiter:innenbewegung ist aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der Feindschaft von SPD und KPD gelähmt und bleibt passiv.

**A-7 Der BVG Streik 1932**

Im November 1932 streiken die Angehörigen der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG). Für einige Tage ist die Stadt komplett lahmgelegt. Der Streik richtet sich gegen eine drohende Lohnkürzung und geht von der Belegschaft der BVG aus. Die KPD unterstützt den Streik und organisiert ihn mit. Auch die NSDAP erklärt ihre Unterstützung. Sie will sich damit vor den bevorstehenden Landtagswahlen als sozial engagierte Partei zeigen.

So kommt es dazu, dass die Betriebsorganisation der Nazis, die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO), und die KPD-nahe Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) hier punktuell gemeinsam einen Arbeitskampf unterstützen. Der Streik wird oft als Beispiel für ein vermeintlich gemeinsames Vorgehen der beiden Parteien bei der Zerschlagung der Demokratie genannt. Tatsächlich erklärt die KPD mit NSBO-Aktivisten an der Basis zusammenarbeiten zu wollen, nicht jedoch mit der NSBO-Führung. Neben dem BVG-Streik arbeiten Nazis und Kommunist:innen stellenweise und temporär auch bei einigen Mietstreiks zusammen. Eine Kooperation und Koalitionen zwischen beiden Lagern ergibt sich daraus jedoch nicht. Vielmehr versuchen beide Parteien dadurch die Anhänger:innen der jeweils anderen Partei auf ihre Seite zu ziehen.

**B-12 Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO)**

Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) ist eine Betriebsorganisation der NSDAP, die ab Ende der 1920er Jahre vor allem in den großen Betrieben in Berlin tätig ist. Sie entsteht 1927 nach dem Vorbild der KPD-nahen Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) und verfolgt das Ziel, die NSDAP-Mitglieder an ihren Arbeitsorten zu organisieren. Die Nazis werben außerdem offensiv, mit großem propagandistischem Aufwand und teilweise mit Gewalt unter dem Motto „Hinein in die Betriebe“ (auch: „Hib“) um neue Mitglieder aus der Arbeiter:innenschaft. Das Ergebnis ist allerdings ernüchternd. Noch 1933, nachdem die Nazis bereits an die Macht gelangt sind, erhält die NSBO deutschlandweit bei Betriebsratswahlen nur 12 Prozent der Mandate.

**B-13 Wahlen im Reich**

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise ab 1929 wirken sich auch auf die politischen Kräfteverhältnisse der Weimarer Republik aus. Bei den Reichstagswahlen kann die NSDAP in Berlin ab diesem Zeitpunkt einen massiven Stimmenzuwachs verzeichnen. In Friedrichshain und Kreuzberg bleiben die Wahlergebnisse aber stets unter dem Berliner Durchschnitt. Bei der Reichstagswahl vom November 1932 muss die NSDAP berlinweit bereits Stimmverluste hinnehmen.

**A-8 Die Nazis und die Arbeiter:innen**

*«Nazis sprechen betrügend, aber zu Menschen – die Kommunisten [sprechen] völlig wahr, aber nur von Sachen.»*

-- Ernst Bloch, 1935

Die Nazis rufen Ende der 1920er Jahre zur “Eroberung des roten Berlins” auf. Sie wollen die Arbeiter:innen auf ihre Seite ziehen, da diese aufgrund ihrer großen Zahl und Stärke ihrer Organisationen als Wähler:innen und Mitgliederbasis relevant sind. Die Arbeiter:innenmilieus der Stadt stehen daher im Fokus früher NS-Strategien. Die Nazis arbeiten mit Täuschungen und feindlicher Übernahme, Angriffen und Propaganda gleichermaßen: Sie vereinnahmen Symbole und Rituale der Arbeiter:innenbewegung, besetzen den öffentlichen Raum mit Propagandamärschen, durchziehen ihn mit einem Netz von Parteilokalen und dringen auch mit Gewalt und gezielt in „rote Hochburgen“ vor.

Während die Arbeiter:innenbewegung in Friedrichshain und Kreuzberg dominiert, existiert vor allem im Kreuzberger Westen ein nationalistisches Milieu. Ab Ende der 1920er Jahre wird die NS-Bewegung hier immer stärker und der Bezirksteil entwickelt sich zu einem wichtigen Ausgangspunkt für Aktionen der Nazis. Besonders aggressiv tritt dabei die SA, die Sturmabteilung, auf. Gewaltsame Auseinandersetzungen sind nun an der Tagesordnung. Es kommt zu Verletzten und Toten auf beiden Seiten.

Die Mehrheit der Arbeiter:innen in den beiden Bezirken steht den vermeintlichen Verheißungen der “Volksgemeinschaft” auch nach 1933 lange Zeit weitgehend skeptisch gegenüber. Die Nazis zerschlagen die Mitbestimmung im Betrieb, frieren Tariflöhne ein oder erlassen Ausnahmeregelungen zuungunsten der Arbeiter:innen. Unter Industrie:arbeiterinnen ist daher Skepsis und Resistenz weit verbreitet, wenn auch offener Widerstand weitgehend ausbleibt. Widerständigkeit zeigt sich vor allem immer wieder in eigensinnigem Verhalten: Am Arbeitsplatz werden nach 1933 unerlaubte Pausen oder Bummelei zu einer regelrechten Praxis des „kleinen Widerstands“. Verschiedene arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen der Nazis wirken hingegen auf einen Teil der Arbeiter:innen auch anziehend.

**B-14 Copy and Paste: Entwendungen aus der Kommune**

Von Anfang an verfolgen die Nazis in Berlin das Ziel, Arbeiter:innen für sich zu gewinnen, um zu einer ernstzunehmenden Bewegung heranzuwachsen. In einem Brief an den obersten SA-Führer Franz Pfeffer von Salomon formuliert Adolf Hitler 1926: *“Was wir brauchen, sind hunderttausend und aberhunderttausend fanatische Kämpfer für unsere Weltanschauung [...]”.* Rückblickend beschreibt er die strategischen Schwerpunkte seiner frühen Politik wie folgt: *“Die ganzen ersten Jahre der Kampfzeit sind [...] darauf abgestellt gewesen, den Arbeiter für die NSDAP zu gewinnen [...]*”. Zu diesem Zweck bedienen sich die Nazis aus der Sprache und Symbolik der Arbeiter:innenbewegung und reichern diese mit nationalistischen und antisemitischen Inhalten an. Diese “*Entwendungen aus der Kommune*”, wie der Philosoph Ernst Bloch sie bezeichnet, zeigen sich bereits am Namen der NSDAP (Nationalsozialistische Arbeiterpartei) sowie an der prominenten Verwendung der Farbe Rot in ihrer Flagge. Auch zahlreiche Arbeiterlieder werden von den Nazis umgedichtet und Feste aus der Arbeiter:innenjugendbewegung, wie etwa die Sonnwendfeier, werden von der Hitlerjugend nachgeahmt.

**B-15 Der 2. Mai 1933 und die Deutsche Arbeitsfront (DAF)**

Für den 1. Mai 1933 rufen die Nazis den „Tag der nationalen Arbeit“ aus. Auf dem Tempelhofer Feld wird eine große Kundgebung abgehalten, zu der hunderttausende Menschen kommen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) schließt sich dem Aufruf an. Doch diese Politik der Anpassung wird nicht belohnt.

Am 2. Mai folgt das Verbot des ADGB und seiner Teilgewerkschaften. Im ganzen Reichsgebiet werden Gewerkschaftshäuser von SA und SS besetzt. Viele Gewerkschafter:innen werden in „Schutzhaft“ genommen und landen in den frühen Konzentrationslagern, in denen bereits tausende Kommunist:innen und andere politische Gegner:innen der Nazis einsitzen. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) verwaltet nun die Immobilien der Gewerkschaften. Aus vielen Unternehmen und Genossenschaften werden Gewerkschafter:innen entlassen. Ihre Stellen nehmen „Alte Kämpfer“ ein, also frühe Anhänger:innen der NS-Bewegung.

Die DAF soll Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen in einem Einheitsverband zusammenführen. Mit den vielfältigen Freizeitangeboten und Urlaubsreisen der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF) soll die Arbeitsleistung der Arbeiter:innen und Angestellten gesteigert werden. In den Betrieben überwachen DAF-Werkscharen die Belegschaft. Trotzdem gründen sich illegale Gruppen, die punktuell Widerstand leisten, indem sie Flugblätter verteilen und Anti-Nazi-Parolen hinterlassen.

**B-17 Repression und Widerständigkeit**

Nachdem die Nazis am 31. Januar 1933 die Macht übernehmen, überziehen sie mithilfe der Polizei und Sicherheitsbehörden ihre Gegner:innen mit Terror und Gewalt. Diese richten sich besonders gegen die Arbeiter:innenbewegung, ihre Vertreter:innen, Milieus und Strukturen. Ihre Parteien und Organisationen werden verboten. Viele aktive Sozialdemokrat:innen und Kommunist:innen organisieren sich im Untergrund. Bis Ende der 1930er Jahre zerschlägt die Gestapo jedoch die meisten Widerstandsgruppen. Alltägliche Widerständigkeit von Arbeiter:innen zeigt sich demgegenüber in eigensinnigem Verhalten, das sich in vielen Fällen als Widerstand im Kleinen zeigt.

Die Zerstörung der Arbeiter:innenkultur und -milieus kann dies jedoch nicht verhindern. Zehntausende werden deutschlandweit in Zuchthäuser und Konzentrationslager gesteckt, verlieren ihre Arbeit, gehen ins ausländische Exil oder werden ermordet.

**A-9 Erinnerung: Friedhof der Märzgefallenen**

Die Jahre 1848/49 sind geprägt von sozialen Kämpfen in ganz Europa. Überall gehen Menschen vor allem aus den unteren sozialen Klassen auf die Straßen und Plätze der Städte, um für soziale Gerechtigkeit und demokratische Rechte zu demonstrieren. Am 18. und 19. März 1848 geht das preußisch-königliche Militär brutal gegen tausende Berliner:innen vor, die Barrikaden errichten. Etwa 280 Menschen, meist aus den Unterschichten, sterben während der Kämpfe. Für sie wird im Volkspark Friedrichshain eine Begräbnisstätte errichtet – der Friedhof der Märzgefallenen. Im Kaiserreich ist er ein zentraler Erinnerungsort der Arbeiter:innenbewegung, die damit an die freiheitlichen und demokratischen Ziele der Märzrevolution anknüpft. Später werden hier auch die Toten der Revolution von 1918 beigesetzt.

In der Weimarer Republik kann auf dem Friedhof der Märzgefallenen nun erstmals ohne Polizeikontrollen ein Gedenken stattfinden. Sozialdemokrat:innen und Kommunist:innen halten getrennte Gedenkfeiern ab. Während die Sozialdemokrat:innen an die demokratischen Errungenschaften erinnern, legen die Kommunist:innen ihren Fokus auf Bestrebungen für eine soziale Revolution.

Den Nazis ist das Revolutionsgedenken ein Dorn im Auge. Nach der Machtübernahme 1933 wird der Friedhof an den Gedenktagen geschlossen, Gedenkfeiern sind nicht mehr möglich. An den übrigen Tagen überwacht die Geheime Staatspolizei (Gestapo), wer sich hier aufhält.

Die Nazis etablieren dagegen einen ‚eigenen‘ Totenkult. Getötete Nazis werden zu „Märtyrern“ und „Blutzeugen“ stilisiert. Seit 1931 gilt der Alte Luisenstädtische Friedhof als „Friedhof der Bewegung“, auf dem bis 1935 mindestens 22 Nazis beerdigt werden. Der für die NS-Bewegung bedeutendste „Märtyrer“ ist der SA-Führer Horst Wessel, der in Friedrichshain lebt und im Februar 1930 bei einer Auseinandersetzung mit Kommunisten tödlich verletzt wird.